




## Stromkostenkompensation für stromintensive Unternehmen ist wichtiges Signal für den Erhalt des Industriestandorts

Stromkostenkompensation für stromintensive Unternehmen ist wichtiges Signal für den Erhalt des Industriestandorts  
Im internationalen Wettbewerb bestehen  
Am heutigen Donnerstag hat das Bundeskabinett eine Regelung zur Kompensation von Strompreiserhöhungen beschlossen, die sich ab Januar 2013 aus dem europäischen Emissionshandel ergeben. Hierzu erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Joachim Pfeiffer, und der energiepolitische Koordinator der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Bareiß:  
"Die heute vom Bundeskabinett beschlossene Regelung für einen Kostenausgleich für stromintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb begrüßen wir ausdrücklich. Die Kompensation ist angesichts steigender Energiepreise dringend erforderlich für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten in Deutschland.  
Steigende Strompreise gefährden die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und damit viele tausende Arbeitsplätze. Hier muss konsequent gegen gesteuert werden. Die industrielle Wertschöpfungskette muss in Deutschland erhalten bleiben. Sie ist Grundlage unseres Wohlstands und Erfolgs als Exportnation. Es muss alles getan werden, um eine schleichende Deindustrialisierung nicht weiter zu befördern.  
Mit dem Beschluss setzt die Bundesregierung ein wichtiges Signal: Die energieintensive Industrie in Deutschland verantwortet rund eine Million Arbeitsplätze und bildet im Grundstoffbereich (z.B. Aluminium, Kupfer, Stahl) das Fundament für viele Wertschöpfungsketten. Keine Windkraftanlage, kein Solarpanel, keine Hausdämmung würde in Deutschland gefertigt, ohne die erforderlichen Grundstoffe. Energieintensive Unternehmen sind wegen des hohen Anteils der Stromkosten an den Produktionskosten besonders stark von emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen betroffen. Die internationalen Wettbewerber dieser Industrie (z.B. in USA, China, Brasilien) haben diese Kosten nicht.  
Es ist daher eine verantwortungsvolle Politik, dass energieintensive Unternehmen einen Ausgleich bis zu 85 Prozent der emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen erhalten können. Ohne diese Regelung laufen wir Gefahr, dass Produktionsstätten ins Ausland verlagert werden. Eine Verlagerung würde außerdem der Umwelt schaden, da Umweltstandards in diesen Länder in der Regel geringer sind als in Deutschland.  
Wichtig ist auch, dass nur jene Unternehmen die Möglichkeit eine Kostenkompensation erhalten, die im internationalen Wettbewerb stehen und einen hohen Stromverbrauch haben. So wird der Bereich dieser Förderung klar eingegrenzt."  
Hintergrund:  
Für die Stromerzeugung müssen die Energieerzeuger CO<sub>2</sub>-Zertifikate vorweisen. Ab der im Januar 2013 beginnenden dritten Handelsperiode müssen diese Zertifikate vollständig ersteigert werden. Die dabei entstehenden Kosten werden auf den Strompreis umgelegt. Diese indirekten Kosten des Emissionshandels betreffen nur deutsche und europäische Unternehmen, da der Emissionshandel auf Europa begrenzt ist. Aus diesem Grund ist den Mitgliedstaaten der EU die Kompensation der CO<sub>2</sub>-Kosten im Rahmen des Beihilferechts gestattet.  
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030/227-52267  
Telefax: 030/227-56115  
Mail: fraktion@cducsu.de  
URL: <http://www.cducsu.de>  
 [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pirn\\_=516651](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pirn_=516651) width="1" height="1">

### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

[cducsu.de](http://cducsu.de)  
[fraktion@cducsu.de](mailto:fraktion@cducsu.de)

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

[cducsu.de](http://cducsu.de)  
[fraktion@cducsu.de](mailto:fraktion@cducsu.de)

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.